

# Die Querköpfe



10. Jahrgang | 41. Ausgabe | Nr. 2 | Juli 2022

Friedensfest in Reitwein (Märkisch-Oderland)

## »Möge Friede auf Erden sein«

Angelika Kurowski

Dieser Appell ist seit dem 18. Juni 2022 nun auch in Reitwein zu lesen, auf einem der rund 250 000 weltweit gesetzten Friedenspfähle. Der Ort, 1316 erstmals urkundlich erwähnt, ist eine idyllisch gelegene Gemeinde am Westufer der Oder im Kreis Märkisch-Oderland. Mit der Idylle war es spätestens am 2. Februar 1945 vorbei, als die ersten sowjetischen Truppen Reitwein erreichten. Am 16. April 1945 begann die letzte sowjetische Großoffensive auf europäischem Territorium mit dem Ziel, den deutschen Widerstand endgültig zu brechen und den Krieg in Berlin zu beenden. Von einem Gefechtsstand auf dem bewaldeten Reitweiner Sporn aus, befahl der Marschall Georgi Konstantinowitsch Schukow den Beginn der Schlacht um die Seelower Höhen, bei der innerhalb von vier Tagen mehrere zehntausend Menschen unterschiedlicher Nationen ihr Leben verloren.

Die Bedeutung des Standortes würdigend, sagte die Vorsitzende der Friedensglockengesellschaft e.V. Anja Mewes: »Wir haben uns hier, am Vorabend des 22. Juni 2022, des 81. Jahrestag des Überfalls Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion, zusammengefunden, weil wir nicht vergessen haben, mit wieviel Leid, Grausamkeit und Tod dieser Krieg sein Ende fand. Hunderttausende Zivilisten in der Ukraine, in Belarus, in den baltischen Staaten und in Russland wurden Opfer der Bombenangriffe, wurden gejagt und auf das Grausamste ermordet. Städte wurden zerstört, Dörfer niedergebrannt. Es waren 27 Millionen Tote, die die Völker der Sowjetunion am Ende zu beklagen hatten. (...) Kein Land der Welt hatte mehr Opfer in diesem Krieg zu beklagen. (...) Bis heute sind jene Wunden dieses barbarischen Krieges nicht verheilt. (...) Beides – Völkerverständigung und der Kampf für eine atomwaffenfreie



Antikriegsgerät

Welt – sind Überlebensfragen und bedingen einander und finden sich gerade auch durch die aktuellen Ereignisse bestätigt, sind wichtiger denn je.«

Sowohl Reitweins Bürgermeister Detlef Schieberle, die SPD-Bundestagsabgeordnete Simona Koss und der Vorsitzende des Deutschen Friedensrates und Mitglied der Vorstände des Bundes der religiösen Sozialisten Deutschlands (BRSD) sowie der Internationalen Liga der religiösen Sozialisten, Gerhard Emil Fuchs-Kittowski, als auch die Teilnehmer, die Künstler und die Gastgeber waren sich einig: Der Krieg und die Bomben fra-

gen nicht nach Parteizugehörigkeit, politischer Herkunft, Hautfarbe und Religion. Sie vernichten uns alle. Noch nie in der Geschichte habe irgendein Wehretat irgendeinen Krieg verhindert, nur Verhandlungen konnten das.

Ergriffenheit erfasste alle, als über dem Festgelände das 1986 von Reinhard Mey veröffentlichte Lied »Nein, meine Söhne geb' ich nicht!«, meisterhaft interpretiert von Isabel Neuenfeldt, erklang. Die Sängerin begleitet von ihrem Akkordeon bot noch weitere Friedenslieder dar, bei einem begleitet durch den Posaunenchor Podelzig/Reitwein vom Evangelischen



Die Berliner Musikerin und Sängerin Isabel Neuenfeldt begeisterte mit Friedensliedern

Kirchenkreis Oderland-Spree. Der Chor der Volkssolidarität Lebus ließ seine Lieder in Reitwein ebenfalls erklingen. Zum Gelingen des Friedensfestes trugen auch die Reitweiner Landfrauen und Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr bei.

Das ganze Gelände war an diesem Tag ein Platz des Friedens. Da war die Kunstinstitution »Umbrella Peace Art«, ein aus vielen mit Friedensthemen handbemalten Regenschirmen bestehendes Peacezeichen der Berliner Friedensaktivistin und Künstlerin Ute Bella Donner. Nicht zu übersehen war auch der rote Panzer mit den Aufschriften »Nie wieder Krieg!« und »Bomben schaffen keinen Frieden« sowie einem symbolischen Knoten im Geschützrohr.

Diejenigen Friedensfreunde aus Berlin und Brandenburg, die mit einem Bus angereist waren, trafen sich auf der Rückfahrt zu einem Meeting an der Friedensglocke in Frankfurt/Oder, dessen Höhepunkt das weithin zu hörende – auch über den Grenzfluss hinweg – Läuten der Friedensglocke war.

Friedenspfähle sind Mahnmal, stummes Gebet und internationales Friedenssymbol in einem. Von den oben erwähnten 250 000 in allen 196 Ländern der Welt gesetzten Friedenspfählen stehen auch drei – von der Friedensglockengesellschaft Berlin e.V. initiiert – in unserer Region: Einer am 16. August 2020 in Cottbus direkt am Hauptbahnhof an einem vorläufigen Platz, am 6. August 2021 am endgültigen Platz aufgestellter, jedes Mal mit einem repräsentativen Friedensfest gewürdigt, einer seit dem 1. Oktober 2021 im Volkspark Friedrichshain in Berlin direkt an der Weltfriedensglocke und der dritte seit dem 18. Juni dieses Jahres in Reitwein.

Auf eine Besonderheit sei verwiesen: Auf dem Cottbuser Friedenspfahl steht der Ruf nach Frieden auch in sorbischer Sprache: »Daš bužo měr na zem!« (Möge Friede auf Erden sein). Cottbus/Chóšebuz gehört zum Siedlungsgebiet der Sorben/Wenden.

Friedensglockengesellschaft

Friedensglockengesellschaft

Kongress »Ohne NATO leben«

## Frieden – sonst ist alles nichts

Angelika Kurowski

Der Kongress war ein Erfolg. In der Pressemitteilung heißt es u. a.: Der Kongress »Ohne NATO leben – Ideen zum Frieden« widersetzte sich angesichts der verkündeten »Zeitenwende« den Rufen nach Hochrüstung der Bundeswehr, Waffenlieferungen an die Ukraine und der weiteren Ausdehnung der NATO.

Die OrganisatorInnen zogen eine positive Bilanz: Insgesamt 1000 TeilnehmerInnen verfolgten in der Humboldt-Universität in Berlin und online die Veranstaltung.

Unter den Referenten und Diskutanten waren der ukrainische Pazifist Jurij Scheljaschenko, der ehemalige LINKEN-Politiker Oskar Lafontaine, die LINKEN-Bundestagsabgeordnete Andrej Hunko und Sevim Dağdelen, der Theologe Eugen Drewermann, die Schriftstellerin Daniela Dahn sowie der Historiker Peter Brandt. »Es herrscht wieder Krieg in Europa. Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine ist völkerrechtswidrig und, wie jeglicher Krieg, nicht gerechtfertigt. Der Einmarsch russischer Truppen und die Bombardements verursachen großes Leid unter der Zivilbevölkerung«, so die Einlader und Initiatoren. Sie unterstrichen ihre Überzeugung, der Weg zum Frieden könne nur über Waffenstillstand und Verhandlungen führen. »Der Krieg kann nur mit diplomatischen Mitteln beendet werden«, lautete der Tenor der Veranstaltung.

Die NATO könne nicht als Projekt des Friedens bezeichnet werden, so der Theologe Eugen Drewermann in seiner Rede. »Der Frieden kommt nicht durch die Überlegenheit der Waffen und Aufrüstung führt zu einer Spirale der Gewalt«, ergänzte Drewermann. »Wir als eines der reichsten Länder haben weltweit Verantwortung, aber nicht für mehr Krieg und Waffen.« Verantwortung zu übernehmen heiße, den Hunger in der Welt zu bekämpfen, Kriege zu vermeiden und sich gegen die wachsende Armut im eigenen Land zu stellen.

Das Argument, jeder Staat könne selbst entscheiden, welchem Bündnis er beitrifft, sei verlogen, sagte Oskar Lafontaine, der per Video zugeschaltet war. »Jeder weiß, dass die USA einen Beitritt Kubas

zu einem Militärbündnis mit Russland niemals akzeptieren würden. Wir dürfen nicht müde werden, uns für eine gemeinsame Sicherheit und wieder für Wandel durch Annäherung und kulturellen Austausch mit Russland zu engagieren«, forderte er.

Mehrere Redner warnten vor der Fortsetzung des Krieges in der Ukraine als Vorspiel für den bevorstehenden Konflikt zwischen den USA und China. Anu Chenoy aus Indien kritisierte angesichts der Entwicklung im indopazifischen Raum die NATO als weltweites Kriegsbündnis. Früher, im Kalten Krieg, war die Angst vor einem Atomkrieg und dem Atomtod eine starke Triebkraft, sich in der Friedensbewegung zu engagieren. Heute bestehe wieder Anlass zu dieser Angst, so mehrere Redner.

Reiner Braun, vom International Peace Bureau (IPB), forderte, »die Politik muss sich von der Kriegslogik zugunsten einer Friedenslogik verabschieden«; Voraussetzung dafür seien mehr Aktionen, Aktivitäten, Aufklärung der Friedensbewegung.

Prof. Dr. Gabriele Krone-Schmalz in einer Grußadresse an den Kongress: »Es hilft dem angestrebten Ziel – den Krieg zu beenden – nicht, ausschließlich in militärischen Kategorien zu denken und darüber zu spekulieren, wer denn den Krieg gewinnen könnte. Was würde ein militärischer Sieg Russlands oder der Ukraine überhaupt praktisch bedeuten?« Viel wichtiger sei, das Leben danach im Blick zu haben.

»An der Grundsatzaufgabe hat sich nichts geändert: Europa braucht eine Sicherheitsarchitektur, die Russland einbezieht. Es ist eine Binsenweisheit, dass es ohne oder gar gegen Russland nicht geht. Und das Fatale und Tragische besteht darin, dass wir eine solche verlässliche Sicherheitsarchitektur relativ leicht hätten haben können, wenn wir die Chancen und das Zeitfenster genutzt hätten, das uns der sowjetische Präsident Michail Gorbatschow Ende der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts unter größten Mühen eröffnete. Ein gedeihliches Zusammenleben, ein fairer Interessenausgleich und verlässliche Sicherheit – das wird jetzt eine Generationenaufgabe.«

→ Alle Reden und Informationen

## Leserinnenbrief

### Zu »Großteil gegens Gendern« aus »Die Querköpfe« 1/2022, Seite 9

*In der Woche vor dem Tarifabschluss des Sozial- und Erziehungsdienstes streikten 45 000 Erzieher. Na, welches Bild entsteht im Kopf? Von einem jungen Mann, der einem Kleinkind ein Lätzchen umbindet. So ist es. Die meisten stellen sich bei dem Wort »Erzieher« Männer vor. Dabei sind weit über 90 Prozent dieser Berufsgruppe Frauen. Und was ist mit den Kosmetikern, Friseuren und Raumpfleger? Sehen wir vor unserem inneren Auge massierende, Haare schneidende und Putzlappen wringende Frauenhände? Eben nicht. Doch auch diese Berufe werden von Frauen dominiert. In der Sprache kommen sie indes nicht vor. Eine Sprache, die von Erziehern, Journalisten, Grundschullehrern spricht, erzeugt die falschen Bilder im Kopf: männliche Bilder. Und geht es bei Sprache nicht darum, präzise zu sein?*

*Es ist ein erstaunliches Phänomen. Geht es ums Gendern, reicht als Argument, dass einem das Gendern auf den Keks geht. Und ein paar schlappe Schlenker, seit mehreren Jahrzehnten mit der gleichen Frau verheiratet*

*zu sein – »nach mehreren wechselvollen Versuchen«, du Teufelskerl. Da ist selbst vergessen, was der Professor den Studenten (war ein Männerstudiengang) zum Thema Sprachökonomie eintrichterte: Gut lesbare, kurze Sätze mit viel Inhalt. Doch statt Inhalt ein Lorient-Bonmot. Statt einer Grafik ein Zahlenhaufen. Statt Argumenten das ganz schlichte: Ich finde Gendern doof.*

*Ehrlich gesagt: Es ist ermüdend. Nicht mal die üblichen Argumente werden hervorgeholt. Also mal hergehört, ihr Frauen, die ihr keine Ahnung habt von der Grammatik. Das generische Maskulinum bedeutet doch, dass ihr mitgemeint seid. Oder die intellektuell-spitzfindige Argumentation: Vom Gendersternchen ist noch kein Pay Gap geschlossen worden. Nix davon. Stattdessen die komplette Freiheit von Argumentation, sprachlicher Finesse und Ideen für gutes Gendern.*

*Liebe Seniorinnen von morgen, wir werden die Senioren von vorgestern einfach mitmeinen!*

**Michaela Böhm, Journalistin, Frankfurt am Main**

→ Mail an die Redaktion

### Kulturkonferenz

## Fördergesetz gefordert

»Ein Mittel zur Sicherung der materiellen Bedingungen, unter denen Kunst und Wort entstehen und sich entfalten können, ist ein Kulturfördergesetz. Die Förderung von Kunst und Kultur muss zu einer Pflichtaufgabe des Staates werden, über die nicht nach Kassenlage entschieden werden soll«, argumentiert die AG Kunst & Kultur in ver.di Berlin-Brandenburg. Deshalb veranstaltet sie am 10. September die 2. Kulturpolitische Konferenz in der ver.di-Bundesverwaltung (Paula-Thiede-Ufer 10, Raum Picasso-Kahlo-Klee). Zu dieser Kon-

ferenz, an der Kultursenator Klaus Lederer und Vertreter aus den Fraktionen des Berliner Senats teilnehmen werden, sind alle Kunst- und Kulturschaffenden sowie deren Verbände und Organisationen eingeladen. Bereits jetzt – allerdings nur bis spätestens 15. August – können künstlerisch Aktive ihre konkreten landespolitischen Forderungen und Beiträge zum Thema Kulturfördergesetz an ver.di übermitteln. So kann diese wichtige, richtungweisende Veranstaltung optimal vorbereitet werden.

→ Mail für Beiträge + Forderungen

Dr. Fritz Schirach

# Kapitän verlässt die Brücke

Wolfhard Besser

Unter dieser Überschrift würdigt der ver.di-Bezirksvorstand und -Seniorenvorstand Nordostbrandenburg Kollegen Dr. Fritz Schirach, der 66 Jahre der Gewerkschaft angehört. Im Namen beider Gremien sprachen deren Vorsitzende Mario Loell und Jens Gröger ihren Dank aus. Mit seinen 88 Jahren kandidiert Fritz Schirach nicht mehr für den Seniorenvorstand. In der Würdigung wird er als Urgestein des ver.di-Bezirks bezeichnet, der schwer ersetzbar sein dürfte. Er habe sein Wirken in den vielen Jahrzehnten der Gewerkschaftszugehörigkeit immer für die Interessen der ArbeitnehmerInnen im Bezirk, Landesbezirk und auch im Bund selbstverständlich angesehen.



Fritz Schirach (88) kandidiert nicht mehr

Weiter heißt es: »Viele kennen Fritz als ›den aktiven Senior‹, der sich mit voller Kraft in die Arbeit geworfen hat und alles unternahm, um in unserem Bezirk die Seniorenarbeit auf einem hochkarätigen Niveau zu halten. Er ist bis heute in vielen Gremien der SeniorInnen auf allen Ebenen zu Hause und vertritt sie auch in unserem Bezirksvorstand. Fritz ist in der gesamten Organisation bekannt und manchmal auch unbequem, wenn es um die Sache geht. Er kämpft eben für die Sache der SeniorInnen und gerade das zeichnet ihn aus.«

Eine wichtige Rolle spielen bei ihm die Rentenproblematik, Seminare zur Sozialpolitik und zu anderen wichtigen gesellschaftlichen Themen. Was Fritz Schirach auch organisierte, war immer gut besucht – wird in der Würdigung hervorgehoben. Hervorragend habe er durch sein persönliches Engagement erreicht, dass in Zeiten der Pandemie die Seniorengruppen zusammengehalten werden konnten. Dafür sei ihm nicht genug zu danken.

Ein besonderer Dank muss ihm auch für sein jahrzehntelanges Mitwirken in der Fachgruppe »Renten und Versorgung im Bezirks senioren-Arbeitskreis des DGB Berlin-Brandenburg« ausgesprochen

werden. Durch seine Aktivitäten in diesem Gremium hat er großen Anteil daran, dass es durch seine Vorschläge, Diskussionen und Initiativen um 2015 herum endlich gelungen ist, die DGB-Forderung nach gleichen Ost-West-Renten gegenüber der Bundesregierung durchzusetzen – was bis 2024 schrittweise geschehen wird. An dem Druck nicht nur seitens ver.di gegenüber den verschiedenen Bundesregierungen hat Fritz Schirach einen gehörigen Anteil.

ver.di-Nordostbrandenburg sagt ihm auch einen besonderen Dank für seine internationale Zusammenarbeit der ver.di-Senioren. Er war es, der die gewerkschaftliche Zusammenarbeit mit den polnischen SeniorInnen jenseits der Oder in der Lubusker Region ansah und pflegte. Er hofft, dass seine Nachfolger die grenzüberschreitende Gewerkschaftsarbeit fortführen werden.

So heißt es schließlich in der Grußadresse: Ein richtiger Kapitän geht entweder als Letzter von Bord oder er sichert mit seiner Nachfolge eine gute Weiterfahrt des Dampfers ab. Auch das gilt als sicher, denn Fritz kennen alle so, dass er dies niemals dem Zufall überlassen würde. Der Vorstand sei sich sicher, dass die Arbeit auf einem hohen Niveau fortgeführt werde – auch wenn es nicht leicht sei, die Fußstapfen von Fritz zu füllen.

→ SeniorInnen im ver.di-Landesbezirk

## Internes

# Der neue ver.di-Fachbereich A

**Der Fachbereich Medien, Kunst und Industrie (FB 8) ist Geschichte. Er wurde mit drei anderen Fachbereichen zum neuen Fachbereich A zusammengelegt. Dieser neue Fachbereich A ist eine Allianz derjenigen, die uns täglich versorgen, sei es mit Geld und Schutz, mit Informationen, mit Medien, Kunst und in der Industrie oder mit Energie.**



**Bisher hatte ver.di 13 eigenständige Fachbereiche. Diese wurden Anfang des Jahres 2022 auf fünf reduziert. Jetzt ist unser Fachbereich Medien, Kunst und Industrie (FB 8) ein Bereich neben drei anderen im neu geschaffenen Fachbereich A**

### Bereich Finanzdienstleistungen

Für Bank- und Versicherungskaufleute. Tarifpolitik und gute Arbeit stehen im Mittelpunkt der Arbeit, was auch heißt: Schluss mit dem unwürdigen Verkaufsdruck und Vertriebscontrolling, her mit fairer Beratung der KundInnen. Hier finden sich die Beschäftigten der Banken und Sparkassen, der Postbank, der Versicherungen und der Bundesbank wieder.

### Bereich Telekommunikation und Informationstechnologie

Ob Beschäftigte der leitungsgebundenen und mobilen Netzbetreiber, der Onlinedienste und der Servicedienstleister der Telekommunikationsbranche oder Beschäftigte aus der IT-Branche: es geht darum, zukunftsfähige, gerecht bezahlte Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern, Qualifizierungsmöglichkeiten zu erhalten und zu entwickeln, gegen Arbeitshetze und Leistungsstress.

### Bereich Medien, Kunst und Industrie

Hier geht es um Industriebetriebe und industrielle Dienstleistungen, um den Bereich Verlage, Druck und Papier, Künstler und Kulturschaffende sowie Medien. Die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju), der Verband deutscher Schriftsteller (VS) und der Verband der Übersetzer (VdÜ) gehören dazu.

### Bereich Versorgung und Entsorgung

Die Beschäftigten der Ver- und Entsorgung arbeiten in der Energiewirtschaft, in der Abfallwirtschaft und im Bergbau. ver.di vertritt ihre beruflichen, fachlichen und sozialen Interessen. So geht es darum, einen höheren Mindestlohn in der Abfallwirtschaft erkämpfen, den Erhalt der öffentlichen Wasserwirtschaft durchsetzen und die Energiewende in Deutschland mitgestalten – das sind Herausforderungen, vor denen ver.di hier steht.

Presseerklärung der Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG)

## Glyphosat-Schluppe für BAYER

BAYER kann kein Grundsatz-Urteil des Obersten Gerichtshofs der Vereinigten Staaten zu Glyphosat erwarten. Das US-Justizdepartement lehnte es ab, dem Supreme Court zu empfehlen, den Fall »Hardeman« zur Entscheidung anzunehmen. Damit ist »ein wichtiger Teil des Plans« des Konzerns gescheitert, die bereits seit 2016 schwelenden juristischen Auseinandersetzungen um das Herbizid seiner Tochter-Gesellschaft MONSANTO möglichst kostengünstig zu beenden. Er hoffte nämlich auf ein

rinnen ExpertInnen zugelassen, die dieses Etikett nicht verdienen, was »zu unfundierten Aussagen geführt hat«.

Beide Argumente schmetterte das Justizministerium ab. Das Bundesrecht hebt Landesrecht nicht auf, wenn es um Kennzeichnungsvorschriften für Pestizide geht, hielt es fest. Und seiner Auffassung nach stellte auch die Auswahl der ExpertInnen keine Pflichtverletzung dar. Sie stehe »nicht im Widerspruch zu den Standards, die von ande-



Votum des höchsten Gerichts der USA zu seinen Gunsten, »wodurch die Rechtsstreitigkeiten zu Glyphosat in den USA weitgehend beendet würden«. Dafür sah der Global Player gute Chancen, da in dem Gremium keine Geschworenen sitzen, denen das Schicksal der KlägerInnen seiner Meinung nach oftmals allzu sehr ans Herz geht, sondern BerufsrichterInnen, noch dazu mehrheitlich von den Republikanern ernannt.

Kurz nachdem der Leverkusener Multi die Vergleichsverhandlungen mit den AnwältInnen der rund 138 000 Geschädigten im Mai 2021 hatte platzen lassen, stellte er beim Supreme Court mit Verweis auf Verfahrensfehler in früheren Instanzen den Antrag, sich mit »MONSANTO v. Edwin Hardeman« zu befassen. Die Gerichte hätten dem Unternehmen nicht vorwerfen dürfen, nicht ausreichend mit Labels auf den Produkten vor den Krebsgefahren von Glyphosat gewarnt zu haben, wenn doch die Umweltbehörde des Landes das Mittel für unbedenklich halte, argumentierte der Agro-Riese und machte den Vorrang des Bundesrechts geltend. Darüber hinaus hätten die Richt-

ren Gerichten bei der Prüfung der Zulässigkeit von ExpertInnen-Aussagen angewandt werden«, so das »U.S. Department of Justice«.

»Jetzt muss BAYER endlich die mehr als 30 000 Glyphosat-Betroffenen angemessen entschädigen, die bislang kein Geld vom Konzern erhalten haben, bevor noch mehr von ihnen sterben. Und das Unternehmen darf nicht länger darauf spekulieren, sich durch irgendwelche juristischen Winkelzüge anders vor zukünftigen Klagen wappnen zu können als durch einen Verkaufsstopp von Glyphosat«, fordert Marius Stelzmann von der Coordination gegen BAYER-Gefahren.

Mit Blick auf die hiesige ebenfalls weit verbreitete Anwendung von Glyphosat fordert Stelzmann: »Das hochgiftige BAYER-Pestizid muss jetzt vom Markt, und darf keinesfalls Ende 2022 von der EU für weitere Jahre zugelassen werden! Es ist eine Krebsgefahr, ein Klimarisiko und ein Umweltgift. Hier ist besonders die deutsche Bundesregierung in der Pflicht, die öffentliche Gesundheit durch ein Verbot zu schützen!«

EU übernimmt Medienkontrolle

## Geschäftsprinzip Meinungsmache

Unter dem etwas zuspitzenden Titel möchten wir auf einige aktuelle Entwicklungen hinweisen, die im Windschatten der Kriegsberichterstattung – man ist fast geneigt zu schreiben: Kriegsbegeisterung – unterzugehen drohen: Die medienrechtlichen Entscheidungen der EU-Kommission ohne parlamentarische Kontrolle.

Während Russland das Wort »Krieg« verbietet und NGOs sowie Medien schließt, werde auf EU-Ebene jenseits von EU-Zu-

ecuadorianischen Botschaft gemacht hatten, die alle anderen Medien übernehmen mussten, weil sonst niemand geahnt hatte, was da passieren wird. Nun kann man fragen, inwiefern das gut war, weil es sich um geplante Fotos handelt. Denn man hatte Assange wochenlang das Rasierzeug entzogen und offensichtlich das Bild eines verwahrlosten Outlaws inszeniert. Das wäre im Kontext von PR und Journalismus zu diskutieren, was ja auch gerade im Krieg eine wichtige Rolle spielen dürfte, angesichts



ständigkeit Feindsender wie RT und Sputnik verboten: Wir teilen die Bedenken des Hamburger Kultursenators Dr. Carsten Brosda (SPD), dass hier medienrechtliche Grenzen überschritten werden, deren langfristige Auswirkungen man jetzt noch nicht erkennen mag während sich der FAZ-Kommentator mit Blick auf die Betroffenen – RT und Sputnik – beschränkt.

Auch wenn die Kritik an RT und Sputnik berechtigt ist, müsste man doch über den Badewannenrand der eigenen Besorgnis hinausblicken und sehen, was passieren kann, wenn die EU in Landesmedienrecht eingreift und wenn auf Regierungsebene beschlossen wird, was noch veröffentlicht werden darf und was nicht. Wer nämlich auf Meinungs- und Pressefreiheit pocht und sie gleichzeitig einschränkt, verliert an Glaubwürdigkeit – und Doppelmaß ist das zersetzend wirkende Gift, nicht nur in Krieg und Krise; von der unterbelichteten Klimakatastrophe wollen auch wir schweigen.

Es war allerdings die russische Nachrichtenagentur Sputnik, die die einzigen Bilder von der Verhaftung Julian Assanges aus der

der enormen Summen, die nun für Kriegspropaganda ausgegeben werden – nicht nur auf russischer Seite.

Während also in Russland nur noch Staatsmedien die Sicht des Kremls verkünden dürfen, degradieren sich westliche Medien durch Nichtwachsamkeit gerade selbst. Denn die EU-Kommission hat noch weitergehende Pläne, die gerade im Windschatten der Kriegsberichterstattung implementiert werden (können). So wurde in letzter Sekunde eine Klausel in den Digital Services Act (DSA) eingefügt, die es der EU-Politik in Zukunft erlauben soll »Desinformation, Fake-News und Hate-Speech zu bekämpfen« – angeblich auf drei Monate beschränkt.

Wer sieht, was gerade in Sachen Kriegsberichterstattung (nicht) ausgefochten wird, mag erahnen, was hier alles möglich wird. Das Prinzip der Selbstkontrolle hatte historisch wichtige Gründe: Aber die Rolle Brüssels ist ambivalent, wie der Brüsseler taz-Korrespondent Eric Bonse schreibt, denn dass die digitalen Plattformen nicht der Hort der Meinungsfreiheit sind, wissen wir auch längst.

→ Institut für Medienverantwortung

# Sie leisten oft nicht, was von ihnen erwartet wird

Frank Spade

Seit 2009 regelt ein Gesetz, dass Patientenverfügungen befolgt werden müssen, wenn sie auf die aktuelle Situation zutreffen und konkrete Anweisungen enthalten (Paragraf 1901a und 1901b im Bürgerlichen Gesetzbuch). Letzteres wurde 2016 in einem Urteil des Bundesgerichtshofs in Erinnerung gebracht. Eigentlich also nichts Neues, aber wer liest schon ein Gesetz, bevor er eine Patientenverfügung aufsetzt, zumal im Internet unzählige Angebote zu finden sind, die es scheinbar leichter machen. Tatsächlich gibt es aber erhebliche Unterschiede, was die Reichweite einer Patientenverfügung betrifft, das heißt, in welchen Situationen sie beachtet werden muss. Hierzu wurde im Paragraf 1901a BGB festgelegt, dass »Patientenverfügungen unabhängig von Art und Stadium einer Erkrankung« zu beachten seien.

Eine Patientenverfügung wird erst benötigt, wenn der eigene Willen nicht mehr kommuniziert werden kann. Selbst wenn das noch geht, fällt es vielen schwer zu entscheiden, auf welche Behandlung sie lieber verzichten wollen, weil die Konsequenzen nicht vollumfänglich bekannt sind oder verstanden werden.

Die meisten Patientenverfügungsvorlagen orientieren sich an den Empfehlungen des Bundesjustizministeriums (BMJ) von 2004, die in ihrer Reichweitenvorgabe noch sehr eingeschränkt waren und heute noch sind. Es gibt einige andere Angebote, die zulassen, die Reichweite enger oder weiter zu fassen. Das Spektrum geht dabei von Lebensschutz bis Sterbehilfe, wobei die meisten Angebote irgendwo dazwischenliegen.

Den größten Lebensschutz dürfte zurzeit jemand haben, der keine Patientenverfügung, aber eine gute Krankenversicherung hat. Dann kann erwartet werden, dass alles getan wird, um das Sterben zu verhindern bzw. hinauszuzögern.

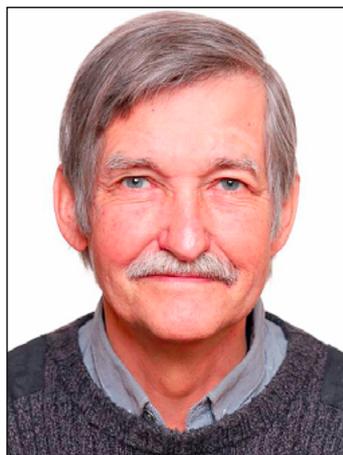
Dem am nächsten kommt die sogenannte Christliche Patientenvorsorge, deren Vorgabe die Ablehnung lebenserhaltender Maßnahmen

nur im unabwendbaren, unmittelbaren Sterbeprozess oder Endstadium einer unheilbaren, tödlich verlaufenden Erkrankung vorsieht. In einer solchen Situation würde ein ethisch handelnder Arzt aber sowieso nichts mehr tun, um das Sterben zu verhindern, denn es ist ja bereits »unabwendbar«, bzw. der Patient ist »austherapiert«. Hier muss man fragen dürfen: Wem nützt es, dass in aussichtslosen Fällen, eine Sterbeverzögerung durch diese »Patientenvorsorge« legitimiert erscheint?

Anders ist es, wenn man bereits pflegebedürftig ist und in einer Pflegeeinrichtung betreut wird. Dann sollte der Inhalt der Patientenverfügung bekannt sein und eine Kopie in der Pflegeakte liegen. Wenn die Verfügung dies klar zum Ausdruck bringt, kann der behandelnde Arzt Pflegenden darauf hinweisen, dass nun auf keinen Fall mehr wiederbelebt werden soll. Dazu kann in der Verfügung auch die Benachrichtigung eines Notarztes ausgeschlossen werden. Stattdessen sollten dann Haus- oder Bereitschaftsarzt gerufen werden.

Pflegeeinrichtungen könnten nicht bereit sein, das dann zu respektieren. Vorgeschieben wird die Angst, wegen unterlassener Hilfeleistung belangt zu werden, was aber bei einer auf die Situation passenden, konkreten Patientenverfügung nicht der Fall wäre. Eine Behandlung gegen den Willen der betroffenen

Person, ist dagegen als Körperverletzung strafbar, was leider die wenigsten wissen. Darum ist es hilfreich, wenn der behandelnde



Susanne Brähler

ver.di-Mitglied Frank Spade vom Humanistischen Verband Potsdam ist Experte für Patientenvorsorge

Arzt in einer vorausschauenden Notfallplanung, entsprechende Anweisungen schriftlich dokumentiert hat.

Leider gibt es bisher keine glaubwürdige Instanz, die die Qualität angebotener Patientenverfügungen vergleicht und beurteilt. Unglücklicherweise hat sich die für sowas prädestinierte Stiftung Warentest selbst disqualifiziert, indem sie eine eigene Patientenverfügung herausgegeben hat und damit versucht Geld einzunehmen. Bei einem Vergleich würde deut-

lich werden, dass ihre eigene nicht über die BMJ-Empfehlungen hinausgeht, dafür aber die möglichen Festlegungen teilweise unnötig verkompliziert. Das macht die Situation für einen Vorsorgewilligen natürlich nicht einfacher. Naheliegender wäre, sich von einem Arzt beraten zu lassen, doch dürfte auch diesem der Überblick fehlen, oder die Kenntnisse und Bereitschaft eine individuelle Patientenverfügung zu erstellen, denn die Beratung zur Patientenverfügung ist keine kassenärztliche Leistung. Da das Ziel einer Patientenverfügung das Zulassen eines natürlichen Sterbens ist, könnte ein Arzt zudem in einen Gewissenskonflikt kommen, da er möglicherweise seine Aufgabe vorrangig in der Lebenserhaltung sieht.

Da Ärzte mit Sterbeverhinderung viel Geld einnehmen können, kann dies zu einem Interessenskonflikt führen, der in der Qualität der Patientenverfügung zum Ausdruck kommen kann. Aber Ärzte sind nicht von Haus aus qualifiziert zu Patientenverfügungen zu beraten, denn die wenigsten haben Erfahrung mit Sterbenden, auch weil Hausbesuche sich finanziell nicht mehr lohnen und die ärztliche Beratung zur Patientenverfügung keine kassenärztliche Leistung ist.

Wer meint sich von einem Anwalt oder Notar beraten zu lassen, sollte bedenken, dass den meisten dazu die medizinische Qualifikation fehlt, sodass sie einen vorgefertigten Text benutzen und relativ hohe Gebühren verlangen. Wer genau weiß, was er will, kann sich die passende Patientenverfügung aussuchen, doch dürfte vielen dafür der Überblick fehlen, denn es gibt unzählige Anbieter. Sich mit dem ersten Formular aus Unkenntnis zu begnügen, kann leidvolle Folgen haben. Glück im Unglück hat dann, wer sein Leid nicht mehr wahrnehmen kann. Aber sehr schlimm ist es für die, die ihr Leid erfahren und ihren Willen nicht mehr zum Ausdruck bringen können.

## Vier sehr unterschiedliche Patientenverfügungsangebote zum Vergleich hier:

- ▶ Broschüre der Christlichen Patientenvorsorge zum herunterladen oder bestellen: [www.ekd.de/Christliche-Patientenvorsorge-15454.htm](http://www.ekd.de/Christliche-Patientenvorsorge-15454.htm)
- ▶ Textbausteine aus der Broschüre »Patientenverfügung« des BMJ als Textdatei: [www.bmj.de/SharedDocs/Downloads/DE/Service/Formulare/Patientenverfuegung\\_Textbausteine\\_word.html](http://www.bmj.de/SharedDocs/Downloads/DE/Service/Formulare/Patientenverfuegung_Textbausteine_word.html)
- ▶ Standardpatientenverfügung des Humanistischen Verbands zum herunterladen: [www.patientenverfuegung.de/wp-content/uploads/2022/06/HVD\\_SPV-Fragebogen\\_06-22\\_gesammelt.pdf](http://www.patientenverfuegung.de/wp-content/uploads/2022/06/HVD_SPV-Fragebogen_06-22_gesammelt.pdf)
- ▶ Auswahlbögen für die individuell-konkrete Patientenverfügung des Projekts Patientensorge von Frank Spade: [www.patientensorge.de/downloads/Auswahlbogen\\_fuer\\_eine\\_individuell-konkrete\\_PV.pdf](http://www.patientensorge.de/downloads/Auswahlbogen_fuer_eine_individuell-konkrete_PV.pdf)

Stille Straße: Sie lassen nicht locker

# HausbesetzerInnen im Rentenalter

Herbert Schadewald

Berlin-Niederschönhausen. Das Villenviertel am Schlosspark strahlt Ruhe aus. Zu Beginn dieses Jahrtausends öffnete in einem der Häuser eine kommunale Freizeiteinrichtung, die vor allem bei den älteren Menschen zunehmende Beliebtheit erlangte. Rund 20 unterschiedlichste Interessengruppen hatten sich in den Folgejahren dort etabliert. Die Villa Stille Straße 10 wurde zu einem kommunikativen Treffpunkt der Generation 60 plus. »Die Senioren hatten schon immer das Leben hier im Haus bestimmt und auch selber organisiert – hochgradig eigenständig«, erzählt Eveline Lämmer, die sich als Bezirksverordnete von Berlin-Pankow sozialpolitisch für diese Begegnungsstätte engagierte.

2011 veränderte das Wahlergebnis die politische Konstellation im Bezirk. Eveline Lämmer saß nicht mehr in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) und die gut frequentierte Freizeitsstätte am Schlosspark stand plötzlich mit auf der Einsparliste des neuen Bezirksamtes. Die Gruppen des Hauses sollten auf andere Einrichtungen verteilt werden. »Aber nur 12 Gruppen hatten sie aufteilen können. Für die anderen hatten sie nichts«, schildert Peter Klotsche. »Da haben wir gesagt, das machen wir nicht mit. Wir waren ja schon zehn Jahre hier zusammen«, fügt der Zeitzeuge an.

In dieser Situation baten die Betroffenen Eveline Lämmer um Hilfe. Denn »alle waren sich einig: Wir wollen das Haus behalten und darum kämpfen. Aber wie? Das wussten wir nicht so richtig«, berichtet sie. So wurden zunächst alle parlamentarischen Möglichkeiten genutzt. »Doch außer der Linksfraktion haben alle anderen nicht zugehört«, beklagt die Unterstützerin. Als dann die BVV die Schließung der Freizeitsstätte in der Stille Straße besiegelte, erhob sich »eine riesige Protestwelle im ganzen Bezirk. Es kam zu einer Krachdemo, bei der die Senioren in der ersten Reihe marschierten mit Transparenten, auf denen stand: ›Stille Straße bleibt nicht still‹«, erinnert sich Eveline Lämmer.

Kurz darauf rückte die zuständige Bezirksstadträtin an, um sich die Schlüssel der Villa aushändigen zu lassen. Doch sie musste unverricht-

teter Dinge wieder abziehen. Als die engagierten Nutzer der Freizeitsstätte erfuhren, dass der Hausmeister die Schlösser austauschen sollte, entschieden sie sich, das Haus noch vor dieser Aktion zu besetzen. Aber keiner wusste, wie es



V.l.n.r.: Brigitte Klotsche, Peter Klotsche und Ingrid Pilz gehörten zu den BesetzerInnen vor zehn Jahren

geht und was passieren wird. Doch alle waren sich einig: Wir wollen das Haus behalten und kämpfen!

Freitag, 29. Juni 2012. »Ich war beim Frühstück und hörte im Radio, dass alte Leute in Niederschönhausen ein Haus besetzen«, schildert Eveline Lämmer. Sie eilte an jenem Freitagmorgen sofort zum Ort des Geschehens. Da standen um 8 Uhr schon die ersten Übertragungswagen in der Stille Straße. Die Presse belagerte bereits die Villa mit der Hausnummer 10.

»Wir waren uns gar nicht voll bewusst, was wir hier machen. Besetzen, ja. Aber wie geht das weiter?«, berichtet Peter Klotsche. »Wir haben gedacht, das ist eine kleine Sache, die übers Wochenende erledigt werden kann. Wir hatten ja noch nie ein Haus besetzt und keine Erfahrung«, fügt seine Frau Brigitte hinzu. Die Eheleute hatten nur ihre Schlafsäcke dabei und campierten mit Matratzen auf einer Palette. Andere Besetzer hatten Liegen von ihren Datschen geholt. Insgesamt hatten sich außer dem Ehepaar noch vier Seniorinnen unmittelbar an der 112-tägigen Besetzung beteiligt.

Eine der Besetzerinnen war Ingrid Pilz. Die damalige Neuberlinerin »flüchtete« vor dem permanenten Presseansturm in die Küche und kümmerte sich fortan um das leibliche Wohl. »Wir hatten viele spen-

denfreudige Leute hier«, erzählt sie. Zunächst wurden verstärkt Kuchen und Weinflaschen abgegeben. »Doch davon allein kann ja keiner leben«, lacht sie. Aber bald kamen auch Obst, Gemüse, Backwaren und andere Lebens-

mittel hinzu. »Das Schwierige beim Mittagkochen war nicht nur das Beschaffen der Zutaten, sondern ich wusste niemals, wie viele Personen wirklich da sind«, beschreibt Ingrid Pilz ihre Situation. Denn neben ihren unmittelbaren Mitstreitern kamen täglich auch zahlreiche Unterstützer, die den Protestierern Mut machten.

»Aber die Presse hatte uns anfangs kaputtgespielt«, seufzt Peter Klotsche. Die bedrängte die Besetzer teilweise bis in die späten Abendstunden. »Die Journalisten kamen wirklich aus aller Welt. Aber so konnte es unmöglich weitergehen«, meinte damals Brigitte Klotsche und zog die Reißleine. Sie erstellte einen Plan, damit ein geregelter Tagesablauf möglich wurde und räumte den Reportern feste Zeitfenster ein. »Zum Schluss war es dann richtig professionell«, freut sie sich, dass dieser Plan so gut funktionierte.

»Natürlich hatten einige Angst, dass uns etwas passiert«, bestätigt Ingrid Pilz. Denn sie mussten damit rechnen, dass die Polizei kommt und die Protestaktion beendet. Aber es passierte nichts. Aus der Angst heraus begannen einige zu singen. So wurde schließlich viel gesungen. »Und aus diesem gemeinsamen Singen ist der Chor ›Stille 10‹ hervorgegangen – ein alters- und generationsgemischter

Chor, der auch während unserer Veranstaltungswoche ein Konzert in der Pankower Kirche gab«, sagt Eveline Lämmer.

Anlässlich der zehnjährigen Besetzung hatte der jetzige Förderverein Stille Straße 10 e.V. vom 29. Juni bis 5. Juli eine programmintensive Festwoche organisiert. »Jedes Jahr begehen wir den Tag der Besetzung, den 29. Juni als Feiertag in vielfältiger Weise«, informiert Eveline Lämmer, die inzwischen dem siebenköpfigen Fördervereinsvorstand angehört. Die diesjährige Festwoche stand unter dem Motto: Wir wollen erinnern, wir wollen ehren, wir wollen solidarisieren, wir wollen aufrütteln, wir wollen aber auch protestieren und wir wollen uns und das Ehrenamt stärken.

Auch wenn die BVV im Oktober 2012 für den Erhalt des Hauses stimmte, ist der Kampf der Nutzer dieser geschichtsträchtigen Begegnungsstätte für Jung und Alt noch (lange) nicht vorbei. Denn damals übernahm die Volkssolidarität das Objekt als Träger und übertrug die Nutzung dem Förderverein. Dafür sind die 150 Vereinsmitglieder dankbar. Doch »wir haben immer nur eine Nutzungsvereinbarung bis Jahresende. Wenn die nicht verlängert wird, werden wir am 1. Januar nächsten Jahres wieder illegal. Doch heraus gehen wir nicht. Dann sind wir illegal. Deshalb protestieren wir immer noch und verlangen von den politisch Verantwortlichen, dass die Zukunft dieses Hauses endlich perspektivisch, nachhaltig gelöst wird«, bekräftigt Eveline Lämmer abschließend.

Die Geschichte und Geschichten der »ältesten Hausbesetzer der Welt« wurde jetzt anlässlich des zehnjährigen Jubiläums von den Rohnstock Biografien in dem Buch »Die unbeugsamen Alten der Stille Straße 10 – Die revolutionäre Geschichte einer Hausbesetzung in Berlin-Pankow« veröffentlicht.

→ Stille Straße



Die unbeugsamen Alten ... 296 S., 20,-€, erschienen bei Rohnstock Biografien Berlin, Bestellung per → Mail an Stille Straße



Stefan Kühn - CC BY-SA 3.0

»Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten«, heißt es im Grundgesetz. Erstmals in der bundesdeutschen Geschichte nimmt das Bundesamt für Verfassungsschutz (auf dem Bild die Zentrale in Köln) eine Tageszeitung ins Visier. Eine Gefahr für die Pressefreiheit?

Grundrechtreport 2022

# Wer ist hier Verfassungsfeind ?

Otto Wald

Der alljährlich im Mai veröffentlichte Grundrechtreport legt das Hauptaugenmerk auf die staatlichen Institutionen, von denen die größten Gefährdungen der Demokratie, der Grundrechte und der Rechtsstaatlichkeit ausgehen. Zehn Bürgerrechtsorganisationen haben die nunmehr 26. Ausgabe herausgegeben. Sie bezeichneten das zurückliegende Jahr als »eine Zeit multipler Krisen«, die sich »durch besondere Bedrohungslagen für die Grundrechte« auszeichneten.

So kam neben der Covid-19-Pandemie als tagespolitisch beherrschendes Thema »das politische Versagen, auch in einem Wahlkampfjahr mehr als nur kurzfristige Maßnahmen gegen Corona zu ergreifen« hinzu. Die Herausgeber sind zuversichtlich, dass »sich in den nächsten Jahren« zeigen werde, »wie eine politische und gesamtgesellschaftliche Aufarbeitung der Pandemie aussehen kann«.

Auch wenn die Grundrechtreportredaktion bedauert, dass das Thema Pressefreiheit leider zu kurz kommt, »obwohl sich die Arbeitsbedingungen für JournalistInnen in Deutschland in den letzten Jahren merklich verschlechtert haben«, nahm sich doch der Professor für Staats- und Verwaltungsrecht an

der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin, Prof. Dr. jur. Martin Kutscha, diesem Aspekt an. Er stellt fest, dass in diesem Punkt hierzulande eindeutig mit zweierlei Maß gemessen werde.

»Wenn die Pressefreiheit in bestimmten Staaten missachtet wird, ist die Bundesregierung mit Kritik rasch zur Stelle. Zumeist wird dabei der Eindruck erweckt, hierzulande sei die Pressefreiheit vollumfänglich gewährleistet und werde von der Staatsgewalt strikt respektiert«, beginnt er seine Ausführungen. Dass dieses vorgebliche Erscheinungsbild aber nicht den realen Tatsachen entspricht, belegt Prof. Dr. Martin Kutscha am Beispiel der Tageszeitung »junge Welt« (jW). Denn bereits seit 2004 wird sie als einzige Tageszeitung überhaupt in den jährlichen Verfassungsschutzberichten mit einem eigenen Beitrag bedacht. Denn die Institution stuft die jW als verfassungsfeindlich ein.

Ende März 2021 stellte die Linksfraktion diesbezüglich eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung. Anfang Mai lag die Antwort vom Bundesinnenministerium vor. Diese »wirft ein bezeichnendes Licht auf das dort waltende Verfassungsver-

ständnis. Die »junge Welt«, ihr Verlag und die sie tragende Genossenschaft, so heißt es dort, »verfolgen Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung (...). Bei der jW handelt es sich um eine eindeutig kommunistische Tageszeitung. Ihre marxistische Grundüberzeugung enthält als wesentliches Ziel, die freiheitliche Demokratie durch eine sozialistische/kommunistische Gesellschaftsordnung zu ersetzen.« Insoweit ähnelt die Argumentation noch jener des KPD-Verbotsurteils von 1956 – immerhin über ein halbes Jahrhundert alt und deutlich von der Ideologie des Kalten Krieges geprägt«, schreibt der Jurist.

Zur Argumentation des Bundesinnenministeriums, dass die jW-Artikelauswahl eine bestimmte inhaltliche Linie erkennen ließen, meint der Rechtsprofessor: »Wo aber steht im Grundgesetz, dass ein privatrechtlich organisiertes Presseorgan stets »ausgewogen« und »pluralistisch« zu sein hat und den Status quo der politischen bzw. gesellschaftlichen Machtverhältnisse widerspiegeln oder gar gutheißen muss?« Und er betont: »Das Grundrecht der Pressefreiheit umfasst schließlich gerade auch das Recht, in einer Publikation eine bestimmte

politische Grundtendenz zu verfolgen.« Prof. Dr. Martin Kutscha resümiert: »Was die Ächtung der »jungen Welt« durch Verfassungsschutz und Bundesinnenministerium anbelangt, fehlt jeder begründete Nachweis, dass diese Zeitung oder ihr Verlag Kritik an zentralen Verfassungswerten betreiben. Im Mittelpunkt steht stattdessen der Vorwurf, marxistische Positionen zu vertreten und auf dieser Grundlage eine Veränderung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse anzustreben. Das aber ist keineswegs eine »Bestrebung gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung« im Sinne des Paragraph 3 des Bundesverfassungsschutzgesetzes, also den Kern unserer Verfassungsordnung.«



Fischer Taschenbuch Verlag ISBN 978-3-596-70805-5, 224 Seiten, 13,00 Euro.



MITGLIEDERNETZ

→ Registrieren und anmelden

Recht auf Wohnen

# Vertane Chance und neue Chance

Hermann Gora



Selma Gather knöpfte sich als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der FU Berlin den Bundesverfassungsgerichtsbeschluss zum Berliner Mietendeckel vor. Denn einer ihrer Forschungsschwerpunkte ist das Recht auf bezahlbaren Wohnraum. Daher weiß sie sehr wohl, dass der Mangel an bezahlbarem Wohnraum in Ballungszentren aktuell zu einer der drängendsten sozialen Fragen wurde, weil die Mieten drastisch gestiegen sind und weiter steigen. Und diese unsoziale Tendenz habe auch eine sozialstaatliche Relevanz. »Steigen die Mieten, steigen damit auch die Kosten, die der Sozialstaat – und damit die Gemeinschaft – etwa über die Grundversicherung oder das Wohngeld zu tragen hat. Schließlich ist die Bezahlbarkeit von Wohnraum auch ein Thema sozialer (Un-)Gleichheit und des sozialen Friedens«, argumentiert sie.

Wohnen ist bekanntlich ein Grundbedürfnis, das der Staat sicherstellen muss. Und das wollte Berlin mit seinem Gesetz zur Mietenbegrenzung im Wohnungswesen (umgangssprachlich: Mietendeckel) erreichen. Doch am 25. März 2021 erklärte der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichtes dieses Gesetz wegen fehlender Gesetzgebungskompetenz für verfassungswidrig und rückwirkend für nichtig. »Dieser Beschluss verdient Kritik«, betont Selma Gather. Als »besonders frappierend« hält sie die Begründung des Beschlusses, »die in einer Nonchalance über die soziale Dimension der aufgeworfenen Rechtsfragen hinweggeht

und jegliche Sensibilität für die Nöte der betroffenen MieterInnen vermissen lässt«.

Mit diesem Beschluss traf das Bundesverfassungsgericht »die denkbar ungünstigste Entscheidung – und zwar sowohl für die Berliner MieterInnen als auch für die Wohnungspolitik der Länder«, wertet Selma Gather. Denn das Gericht schob so »beinahe jeglicher Preisregulierung durch die Länder einen Riegel vor und engte damit den wohnungspolitischen Spielraum auf Länderebene erheblich ein«. Als Mitglied des Deutschen Juristinnenbundes wären für sie »durchaus andere Ergebnisse juristisch denkbar gewesen – wie häufig in umstrittenen Rechtsfragen«. So wäre beispielsweise »angesichts der sozialpolitischen Tragweite der Entscheidung eine differenziertere Lösung denkbar und angemessen gewesen, die Wege verfassungskonformer Mietpreisregulierung durch die Länder zumindest offengelassen hätte«, formuliert Selma Gather.

Es empört die Analytistin auch, dass der Senat den Mietendeckel sogar rückwirkend für nichtig erklärte. Zumal er nicht einmal in einem Halbsatz die Herausforderung der Nachzahlungsverpflichtung der Betroffenen gerade in diesen Zeiten der Kurzarbeit würdigte. Auch die übrigen Entscheidungsgründe ließen nicht erkennen, »dass sich das Gericht der Dramatik der Situation für die betroffenen Städte und ihrer BewohnerInnen bewusst war«. Dabei habe gerade das Bundesverfassungsgericht als letzte Instanz »in

politisch umstrittenen und rechtlich offenen Fragen die Aufgabe zur Befriedung«, macht Selma Gather unmissverständlich klar. Doch somit bleibe weiter offen, »wie Mieten wirksam stabilisiert werden können«, resümiert sie abschließend.

Ebenfalls dem Mietenthema nimmt sich die Professorin für Soziales Recht an der Hochschule Rhein-Main in Wiesbaden, Prof. Dr. jur. Cara Röhner, im aktuellen Grundrechtreport an. Sie sagt eindeutig »Ja zur Vergesellschaftung!«, indem sie sich mit dem Volksbegehren der Initiative »Deutsche Wohnen & Co. enteignen« befasst.

»Mit diesem Volksbegehren hat die Berliner Initiative nicht nur eine der erfolgreichsten zivilgesellschaftlichen Kampagnen der letzten Jahre auf die Beine gestellt, sondern darüber hinaus ein Rückbesinnen auf die in der Verfassung angelegten gemeinwirtschaftlichen Eigentumsformen und Wirtschaftsweisen forciert«, lobt die Juristin. Durch diese nachhaltige Aktion am 26. September 2021, bei der eine überwältigende Mehrheit der BerlinerInnen für die Enteignung stimmten, spielte der Artikel 15 des Grundgesetzes »nun erstmals seit langer Zeit in der öffentlichen Debatte wieder eine prominente Rolle«, betont sie.

Prof. Dr. Cara Röhner verweist darauf, dass im Grundgesetz keine Wirtschaftsordnung festgeschrieben sei und erklärt: »Das Bundesverfassungsgericht spricht hier von wirtschaftspolitischer Neutralität.

Der Vergesellschaftungsartikel ist ein verfassungsrechtliches Vehikel für die Einführung einer nichtkapitalistischen Wirtschaftsweise per Gesetz. Damit sollte ursprünglich der legale Weg zum demokratischen Sozialismus offengehalten werden. Heute geht es vor allem um die demokratischen Möglichkeiten, entkommerzialisierte, entprivatisierte Freiräume innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsweise schaffen zu können.«

Die Juristin ist überzeugt, dass die Vergesellschaftung großer Wohnungsbestände für die MieterInnen einen echten Freiheitsgewinn bedeuten würde. »Diese neue Rechtsform müsste demokratisch, also unter Einbeziehung der MieterInnen, ausgestaltet sein. Mietzahlungen würden dann nur noch der Kostendeckung dienen. Gewinnerorientierte Mieterhöhungen wären in Zukunft ausgeschlossen«, verdeutlicht Prof. Dr. Cara Röhner. Sie betont, dass angesichts der Wohnungskrise und des Rechts auf angemessenen Wohnraum gemäß Paragraph 28 der Berliner Landesverfassung »eine Vergesellschaftung auch verhältnismäßig und kein unzulässiger Eingriff in die Eigentumsfreiheit der Wohnungsunternehmen« wäre. Darum hält sie es für wichtig, »dass nun ausreichend politischer Druck aufgebaut wird, damit der Senat die abschließende Entscheidung auch entsprechend der demokratischen Willensäußerung der BerlinerInnen zugunsten eines stärker entprivatisierten Mietmarktes trifft und das Volksbegehren tatsächlich umsetzt«.

WOST-Projekt – eine West-Ost-Partnerschaft

# Geschichten aus dem wahren Leben

Herbert Schadewald

Biografiebrüche. Die DDR-Bürger haben sie erlebt – 1989/90 und danach. Wie ihre Entwicklungen in beiden Gesellschaftsorganisationen verlaufen ist, macht seit Ende Mai der Internetsender Radio Ginseng hörbar. »Das sind ganz persönliche Schicksale. Und unser Anliegen ist es, das möglichst vorurteilslos darzustellen«, erklärt Programmratsmitglied Jürgen Hahm. Mit den jeweils einstündigen Individualgesprächen realisiert der Sender aus dem brandenburgischen Grünheide nun sein sogenanntes WOST-Projekt, das in Kooperation mit dem freien Bürgerradio Radio free FM aus Ulm entstand.

Der Ursprung für diese akustischen Biografiedokumentationen lag in einer Ausschreibung des Bundeswirtschaftsministeriums. »MACHEN!2021« hieß diese und da gab es die Kategorie »Ost-West-Partnerschaften – Gemeinsamkeiten entdecken«, von der wir meinten, das passt zu uns«, berichtet Radio-Ginseng-Gründer Dr. Ulrich Burow. Denn zu dem Ulmer Sender gab es bereits längere freundschaftliche Kontakte. »Und da es um Ost und West ging, kam mir der Gedanke, die Ulmer mit ins Boot zu holen.« Die Westkollegen waren sofort davon begeistert. Und so reichte der Internetsender aus Brandenburg ihre Bewerbung »Kooperation WOST – eine ost-westliche Radiopartnerschaft« ein – und gewann.

»Es geht uns darum zu dokumentieren, wie sich das Leben für jeden Einzelnen mit der deutschen Einheit verändert hat«, erläutert Jürgen Hahm, der nun für das WOST-Projekt zuständig ist. Gleichzeitig macht er deutlich, dass es nicht vordergründig um Stasi gehe, wie es die Westkollegen gerne gehört hätten. »Das soll nicht unter den Tisch fallen, aber es ist nicht das Hauptthema. Wir wollen darstellen, was die Leute bewegt hat, wie sie diese Zeiten in der DDR und in der BRD erlebten«, führt er aus.

»Wir wollen nicht Feindschaft säen oder Gräben vertiefen, sondern einfach sagen. So war es, so ist es, so ist mein Schicksal verlaufen«, sagt Jürgen Hahm zum Sendekonzept. So sind noch bis Ende

Juli wöchentlich ab 14 Uhr eines dieser sehr persönlich gehaltenen Interviews mit den individuellen Geschichte von ehemaligen DDR-Bürgern über [www.radioginseng.de](http://www.radioginseng.de) hörbar. »Wir werden es auf jeden Fall darüber hinaus weiterführen. Ob es dann jede Woche einen neuen Biografiebeitrag zu hören gibt ist noch offen«, lässt Jürgen Hahm wissen.

Im Gegensatz zu Radio Ginseng haben die Kooperationspartner von Radio free FM mehr Probleme, dieses Sendeprojekt mit Stimmen aus dem wahren Leben zu füllen. »Denn für die Westdeutschen hat sich ja nicht so sehr viel verändert – sie haben nicht ihren Job verloren, ihre Firmen wurden nicht platt gemacht«, zeigt Jürgen Hahm Verständnis. Er wäre beispielsweise an Sichtweisen und Erinnerungen von Menschen interessiert, die in den 1990er Jahren in die damaligen neuen Bundesländer kamen. Wie sie diese Situation erlebten, mit welchen Vorstellungen sie damals das östliche Neuland betraten und wie sich ihr Leben dadurch veränderte? Dies könnten interessante Ansätze für derartige Beiträge aus Baden-Württemberg sein, die Radio Ginseng gern in ihrer WOST-Reihe senden würde. Leider ist die Kooperation bisher nur eine Einbahnstraße – von Grünheide (Mark) nach Ulm.

Zweifellos ist das WOST-Projekt bei Radio Ginseng gut und erfolgreich angelaufen. Um es ebenso fortzuführen, ist die Redaktion an weiteren Lebensgeschichten interessiert. Dabei können durchaus nicht nur ehemalige DDR-Bürger zu Wort kommen. Denn bestimmt gibt es auch interessante Erlebnisse und Entwicklungen von Westdeutschen, die vor oder nach 1990 in den Osten kamen. Ihre Motive und Erfahrungen sind für diese Sendereihe ebenso wertvoll. Denn so entsteht eine nahezu einmalige akustische Dokumentation von Lebensläufen in Deutschland. »Und es ist vielleicht nach über 30 Jahren eher abzusehen, dass bestimmte Entwicklungen tiefgreifender in die Gesellschaft wirken als man das ursprünglich gedacht hat. Und vermutlich merken es die Westdeutschen auch, dass sich etwas



Das Studio von Radio Ginseng

Ulrich Burow

verändert hat, auch für sie«, meint WOST-Projektchef Jürgen Hahm.

Er bezeichnet Radio Ginseng als »das Erinnerungsradio«, in dem diese individuelle Biografieentwicklung optimal platziert sei. Und so wünscht er sich weitere spannende Lebensgeschichten. Deshalb können sich Interessierte mit ihren

ganz persönlichen Erfahrungen zwischen Ost und West sowie zwischen DDR und BRD beim Internetsender melden, um die Hördokumentation zu bereichern. Denn nichts spiegelt die gesellschaftliche Entwicklung deutlicher wider, wie die individuellen Erfahrungen aus dem Leben.

→ Mail an Radio Ginseng

## Die Querköpfe

Als interaktive Online-Zeitung arbeiten wir mit sogenannten Links. Die setzen wir oft mit einem Pfeil versehen ans Ende vieler Artikel. Ein Beispiel von dieser Seite: → Radio Ginseng

Mit linker Maustaste drauf klicken und es erscheinen weitere Infos im Browser.

Kulturelles Leben in Cottbus-Sandow

# Es war wie Nachhausekommen

Angelika Kurowski

Dass es so viele würden, die sich an einem Nachmittag Anfang Juni im Souterrain der Christoph-Kolumbus-Schule in Cottbus einfinden, hatten die Mitglieder des Kulturvereins Bücherei Sandow gar nicht erwartet. Denn die vorbereitete Bestuhlung erwies sich als nicht adäquat, so dass die Gastgeber zunächst alle Hände voll damit zu tun hatten, jeder/jedem Anwesenden eine Sitzgelegenheit zu besorgen. Das Interesse musste aber auch riesig sein, schließlich ging es um das Werk zweier Lausitzer Persönlichkeiten: Grit Lemke und Erich Schutt.

Bevor der 1931 in Vetschau geborene spätere Pressefotograf Erich Schutt 1953 bei der »Lausitzer Rundschau« anfang, hatte der gelernte Fachdrogist neben



Das Logo der Bücherei Sandow e.V. in Cottbus

seiner Arbeit in einer namhaften Cottbuser Drogerie bereits als leidenschaftlicher Amateurfotograf mit Presseausweis die »Brandenburgischen Neuesten Nachrichten« mit Fotos beliefert.

Der studierte Journalist war auch freier Mitarbeiter bei ADN-Zentralbild (Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst, der DDR-Nachrichten- und -Bildagentur). Erich Schutt gilt als »der Chronist« des ehemaligen Bezirkes Cottbus. Von 1953 bis 1994 war er für die »Lausitzer Rundschau« mit dem Fotoapparat dabei, als Kraftwerke, Industrie- und Wohnbauten, Kindergärten, Schulen, Kaufhäuser, ja ganze Wohnstädte für die Arbeiter und Angestellten und ihre Kinder errichtet wurden, leider aber auch, als diese wieder abgerissen wurden. Eine kleine Auswahl seines schier unermesslichen Schatzes an Bilddokumenten hatte Anneliese Schutt, die Ehefrau des Pressefotografen, der Bücherei Sandow für eine Ausstellung zur Verfügung

gestellt, deren Eröffnung sie mit der Schilderung eigener Erlebnisse begleitetete.

Anneliese Schutt ist auch Fotografin und Bildreporterin. Besonders zu den rund 20 Bildbänden hat sie viele eigene Werke beigesteuert. Erich Schutt konnte aus gesundheitlichen Gründen nicht an der Veranstaltung teilnehmen.

Gut die Idee des Vereins, die Fotoausstellung »Kinder der DDR« mit der Vorstellung des dokumentarischen Romans »Kinder von Hoy« von Grit Lemke, zu eröffnen (Rezension siehe »Die Querköpfe« 3/2021) – Buch und Fotos ergänzen sich wunderbar.

Als Tochter der Leiterin der Gewerkschaftsbibliothek im Gaskombinat Schwarze Pumpe kam Grit Lemke früh mit Literatur in Berührung. Sie arbeitet in zahlreichen Gremien mit. So ist sie unter anderem Mitbegründerin der Initiative »Festivalarbeit gerecht gestalten / Gruppe Festivalarbeit« in ver.di. Auch das »Łužyca-Film.Sorbisch-deutsches Netzwerk Lausitzer Filmschaffender« hat sie mitbegründet. Bundesweite Bekanntheit erlangte sie 2019 mit dem abendfüllenden Dokumentarfilm »Gundermann Revier«, der 2020 für den Grimme-Preis nominiert wurde.

Für die meisten der Teilnehmenden war der Nachmittag wie Nachhausekommen. Auf den Bildern an der Wand sahen sie, wie sie einmal gelebt hatten, erinnerten sich anhand abgebildeter schöner Bauten daran, dass sie diese mit ihren Kindern besucht hatten, die es nun aber nicht mehr gibt. Irgendwie hatten alle im Raum eine Beziehung zu Schwarze Pumpe und der DDR-Musterstadt Hoyerswerda und fanden sich im Roman auf der Seite der sehr gut porträtierten Eltern wieder. Eine Besucherin verwies stolz darauf, dass sie in einer der Bauleitungen tätig war, eine andere, dass der Baggerführer und Liedermacher Gundermann, ihr Schüler war. Ein Betrachter, gerade 60 geworden, dachte dabei gern an die Zeit zurück, als er während seiner Ausbildung zum Facharbeiter für Betriebsmess-, Steuerungs- und Regelungstechnik (BMSR) im Internat der Betriebsberufsschule des Gaskombinates Schwar-



An der Fassade der Christoph-Kolumbus-Grundschule in Cottbus-Sandow wirbt die Bücherei für sich

ze Pumpe in der Thomas-Münzer-Straße wohnen konnte.

Als 2000 in Sandow die Stadtteilbibliothek geschlossen wurde, löste das den Unmut der Bevölkerung aus. Eine Bürgerinitiative führte schließlich zur Gründung des Kulturvereins Bücherei Sandow e.V. als geistig-kulturelles Zentrum im Stadtteil. Der Verein hat 38 Mitglieder. An drei Tagen pro Woche hat die Bücherei geöffnet, über 7300 Medieneinheiten stehen zur Ausleihe in den Regalen. Im vergangenen Jahr konnten trotz coronabedingter Schließzeiten 447 erwachsene Leser begrüßt werden.

Viel Wert legt der Verein darauf, auch Kinder des Sandower Grundschulzentrums sowie die der Kitas an Literatur heranzuführen. Regelmäßige Lesungen, Projekte und Bibliotheksbesuche werden u. a. mit Kindern der Christoph-Kolumbus-Grundschule und der benachbarten Carl-Blechen-Grundschule, den Kindern der Kitas »Regenbo-

gen« und »Pffikus« durchgeführt. Voriges Jahr konnten insgesamt 268 Kinder in der Bücherei begrüßt werden. 2021 fanden vier Lesungen mit über 100 Gästen statt. Ein Höhepunkt war der »Literarische Spaziergang« im Goethepark.

Alles super? In der regionalen Onlinezeitung »NiederlausitzAktuell« äußerte die Vereinsvorsitzende Elke Dreko: »Die Altersstruktur im Stadtteil Sandow spüren wir auch im Verein. Die Leserschaft, aber auch die Vereinsmitglieder werden immer älter, und es fehlt an Nachwuchs. In Gesprächen mit den Bürgern stellen wir immer wieder fest, dass wir als Verein nicht so wahrgenommen werden, wie wir es uns wünschen.«

Jetzt freut sich Elke Dreko erst einmal auf den 25. August. Dann wird der Regionalhistoriker Hartmut Schatte sein neuestes Werk präsentieren, in dem er Cottbuser Bürger vorstellen wird, die ihn begleitet haben.

# Die Kaliningrad-Blockade

**Litauen weitet gegen den Willen Berlins die Kaliningrad-Blockade aus. Gegenmaßnahmen könnten die litauische Bahn treffen, die schon jetzt sanktionsbedingt herbe Verluste erleidet.**

Litauen hatte die erste Güterblockade bereits zum 18. Juni in Kraft gesetzt. Dabei wurden unter anderem die Lieferung von Stahl und Metallen per Eisenbahn von russischem Territorium über litauische Bahnschienen nach Kaliningrad unterbunden. Offiziell hatte die EU dem Land damals den Rücken gestärkt. Der Außenbeauftragte Josep Borrell bestätigte die litauische Position, es handle sich bei der Maßnahme lediglich um die Durchsetzung von EU-Sanktionen.

Bereits wenige Tage später stellte Borrell freilich am Rande des EU-Gipfels klar, Brüssel wünsche nicht, dass unter Berufung auf Sanktionen »der Verkehr zwischen Russland und Kaliningrad blockiert« werde. Anfang Juli hieß es sogar unter Berufung auf den Europäischen Rat, in einer von dessen Sitzungen, in der Russland-Sanktionen vorbereitet wurden, habe »Konsens« geherrscht, dass die Sanktionen lediglich den russischen Export, nicht aber den Transithandel nach Kaliningrad treffen sollten. Dieser sei schließlich durch ein Abkommen zwischen der EU und Russland aus dem Jahr 2002 garantiert. »Der freie Transit« müsse »gewährleistet« bleiben, so die Auffassung der Kommission. In Vilnius gebe es erkennbar »überschießenden Eifer«.

Ebenfalls Anfang Juli wurden die Umriss einer für alle Seiten gesichtswahrenden Lösung bekannt, die die EU-Kommission anstrebte. Demnach war geplant, den Mitgliedstaaten eine neue »Handreichung« zu den Sanktionen und ihrer Realisierung zu übergeben. Dieser zufolge sei der innerrussische Transitverkehr nach Kaliningrad auf litauischem Territorium zwar zu kontrollieren. Allerdings ausschließlich mit dem Ziel, zu verhindern, dass Russland Kaliningrad im großen Stil als Exporthafen nutze. Besonders wahrscheinlich sei dies nicht, hieß es weiter, da die an die baltischen Staaten grenzenden russischen Gebiete bisher ihren Export über Sankt Petersburg getätigt hätten. Dennoch solle Vilnius anhand älterer Zoll-Listen kontrollieren, ob sich der russische Kaliningrad-Transit im Wesentlichen auf dem Niveau der vergangenen

Jahre bewege. Sei dies der Fall, dann erhebe die EU keinerlei Einwände.

Sollten einmal, etwa für Bauvorhaben, außergewöhnlich große Mengen an Baumaterialien nach



Grenzübergang über die Memel vom Kaliningrader Gebiet nach Litauen

Kaliningrad geliefert werden müssen, dann werde man dafür ohne Weiteres eine Ausnahmegenehmigung erteilen. Eine entsprechende Handreichung sollte im EU-Rahmen abgestimmt und noch im Juli den Mitgliedstaaten übergeben werden, also auch Litauen.

Dies scheidet nun aber bislang an Litauen, das sich beharrlich weigert, einer entsprechenden Regelung zuzustimmen. Entsprechende Verhandlungen zwischen der EU-Kommission und der Regierung in Vilnius wurden »zunächst erfolglos abgebrochen«. Litauen verschanze sich nun hinter der Behauptung, in ihrem Land sei »die Sanktionsfrage längst zum bedrohlichen Politikum geworden«, heißt es. In der litauischen Öffentlichkeit werde »jede Rücksichtnahme auf Russland mit harter Kritik quittiert«. Eine »Aufgabe des Sanktionsregimes« käme »einer Kapitulation vor russischen Interessen gleich«. »Eine Rücknahme der ursprünglichen Sanktionsweisung« könne gar »zu einem Bruch der Mitte-Rechts-Regierung führen«; dies dürfe man nicht zulassen. Moskau würde das als Erfolg werten.

Es heißt, die EU-Kommission sei weiterhin um eine Lösung in Kooperation mit der litauischen Regierung bemüht; allerdings ist unklar, wie diese aussehen soll. Zumal – völlig unabhängig vom weiteren Bestand der litauischen Regierung – auch offen aufbrechende Differenzen in der EU als ein beachtlicher Erfolg für Moskau gewertet würden. Ein

Einbußen, die sich im Lauf des Jahres auf 150 Millionen Euro gegenüber 2021 summieren würden. Diese seien allein durch politische Auseinandersetzungen bzw. Wirtschaftskriege verursacht worden.

Tatsächlich entstanden seit Ende vergangenen Jahres erste Verluste. China reagierte auf die Eröffnung eines »Taiwanischen Vertretungsbüros« in Vilnius und auf den damit verbundenen Verstoß gegen die Ein-China-Politik. Bahntransporte die im Rahmen der Neuen Seidenstraße, zuvor über litauisches Territorium abgewickelt wurden, verlegte man nun auf eine Route durch Polen. Es folgten Einbußen wegen der EU- und US-Sanktionen gegen den Export belarussischer Düngemittel. Deren Transport spülten zuvor 61 Millionen Euro auf die Konten der LTG. Weitere Einbußen im Wert von 17 Millionen Euro entstanden durch Gegensanktionen; schließlich weitere Verluste aufgrund des EU-Embargos gegen russische Kohle. Die Entlassung von einem Viertel des Personals bei einem der größten Unternehmen des Landes wiegt schwer.

Untersagt Moskau im Gegenzug gegen die Blockade Kaliningrads den Warentransport über russisches Territorium in die baltischen Staaten vollständig, kämen nicht nur weitere Verluste hinzu. Es würden auch neue Geschäftsoptionen, die LTG zu entwickeln sucht, um die bisherigen Einbußen wettzumachen, zunichte gemacht. Dies gilt etwa für Bestrebungen der litauischen Regierung, mit Kasachstan die Logistikkoooperation des Landes auszubauen. So sollen Güter aus Zentralasien – darunter auch chinesische – per Bahn über den unausgelasteten Hafen in Klaipėda auf westeuropäische Märkte gelangen. Der Plan war Mitte Juni Thema des litauisch-kasachischen Wirtschaftsforums in Kasachstans Wirtschaftsmetropole Almaty, zu dem eigens Litauens Transportminister angereist war.

Verhängt Moskau in Reaktion auf die Kaliningrad-Blockade ein Transportembargo gegen die baltischen Staaten, sind sämtliche litauisch-kasachischen Pläne hinfällig – mit Auswirkungen, die nicht mehr nur die LTG treffen, sondern auch weitere bedeutende Segmente der litauischen Transportbranche, etwa den Hafen Klaipėda.

→ German-Foreign-Policy

# Die Querköpfe

Diese Zeitung ist ein Online-Produkt im PDF-Format und nur mit einem Computer, Tablet oder Smartphone zu empfangen. AbonnentInnen erhalten vier- bis sechsmal jährlich eine Mail mit Inhaltsangabe und einem Link zum Herunterladen. Kostenlos!

Zur Abo-Bestellung genügt eine formlose Mail an

→ [abo-querkoepe@gmx.de](mailto:abo-querkoepe@gmx.de)

## Treffpunkt der gewerkschaftlichen Linken



### LabourNet Germany

bewusst nicht unparteiisch, aber parteiunabhängig  
und gewerkschaftsübergreifend

Wir liefern Informationen und Hinweise unter anderem über Arbeitsmarkt-, Arbeitszeit- und Wirtschaftspolitik, Arbeitskämpfe, Grundrechte und Antikriegsbewegung

Mit täglichen Updates, mehr als 50 000 Dateien, QUERKÖPPE-Archiv und über 300 000 monatlichen BesucherInnen sowie zirka 3 000 AbonnentInnen

Der Newsletter kann **hier** bestellt werden, kostenlos

## SeniorenKino

CineMotion Wartenberger Straße 174, S-Bahnhof Hohenschönhausen

Nach zweijähriger Pandemiepause begann die neue Seniorenkinosaison 2022. Für die monatlich einmal stattfindenden Veranstaltungen ab 15 Uhr gelten die jeweils aktuellen Hygienevorschriften. Die Karten kosten sechs Euro. Sie können an der Kinokasse oder Online ([www.berlin.cinemotion-kino.de](http://www.berlin.cinemotion-kino.de)) gekauft werden. Noch bis Ende November läuft die Seniorenkinosaison.

**Diese Filme stehen noch auf dem Programm:**

**27.07.: Enkel für Anfänger (Komödie)**

**24.08.: Beckenrand Sheriff (Komödie)**

**28.09.: Bekenntnisse des Hochstaplers Felix Krull (Tragikomödie)**

**26.10.: Contra (Tragikomödie)**

**23.11.: Der Nachname (Komödie)**



## NEWSLETTER 55+

Melde Dich an, um den kostenlosen Newsletter zu abonnieren. Damit bist Du immer über die Aktivitäten der ver.di-SeniorInnen informiert.

→ Anmeldung



## Impressum

**Redaktionsanschrift:** »Die Querköpfe«, ver.di Berlin-Brandenburg, Fachbereich A, Köpenicker Straße 30, 10179 Berlin

E-Mail der Redaktion: [diequerkoepe@gmx.de](mailto:diequerkoepe@gmx.de)

**Redaktion:** Angelika Kurowski (Korrektur), Peter Asmussen (Layout, Schlussredaktion und Produktion), Wolfhard Besser, Herbert Schadewald (Schlussredaktion)

**Herausgeber:** Arbeitskreis »Aktive SeniorInnen im Fachbereich A«

**V.i.S.d.P.:** Peter Asmussen, ver.di Landesbezirk Berlin Brandenburg

Die Zeitung wird ehrenamtlich hergestellt, keine Honorarzahungen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Für ein kostenloses Abo genügt eine formlose Mail an → [abo-querkoepe@gmx.de](mailto:abo-querkoepe@gmx.de)

Die nächste Ausgabe unserer Zeitung, 3/2022, ist für Herbst 2022 geplant

## Newsletter

Verlage, Druck, Papier und Industrie

für Aktive im Betrieb

**Zum abonnieren hier klicken**